

Zurück nach Potsdam!

Rede auf der Kundgebung studentischer Verbindungen auf dem
Bonner Münsterplatz,
veranstaltet von den Brüner Liberten zu Aachen am
16. Januar 1990

Meine Damen und Herren! Liebe Landsleute!

Die deutsche Wiedervereinigung hat am 9. November 1989 mit einem Massenansturm auf die Mauer begonnen. Seitdem vollzieht sich die Wiedervereinigung des deutschen *Volkes*, und die Regierungen in Bonn, Berlin und Wien hoffen, Zeit zu gewinnen, um die Wiedervereinigung der deutschen Staaten doch noch verhindern zu können. Wenn es eines Beweises bedurft hätte, daß Bonn die *staatliche Wiedervereinigung* Deutschlands um jeden Preis verhindern will, dann, wäre dieser Beweis geliefert erstens mit den zehn Punkten Kohls, die *keinen* Zeitplan enthalten, und zweitens mit seinem Beschluß, den Neubau des Bundestages *nicht* einzustellen.

Seit dem 9. November ist die militärische Demarkationslinie zwischen der Westzone und der Ostzone geöffnet. Damit hat erstmals seit 1945 das deutsche Volk selber eine *Waffe* in der Hand, mit der es auch seine staatliche Wiedervereinigung *erzwingen* kann. Diese Waffe ist die *Wanderungswaffe*, die vorzugsweise unsere mitteldeutschen Landsleute einsetzen können. Setzt Bonn weiterhin auf Spaltung und stützt den mitteldeutschen Teilungsstaat, werden Millionen Mitteldeutsche nach Westdeutschland kommen und nicht nur der separatistischen DDR, sondern zugleich der separatistischen BRD das Regierungsgenick brechen. Eine bankrotte DDR allein genügt offensichtlich nicht, Bonn zur staatlichen Wiedervereinigung und damit zum verfassungsgemäßen Handeln zu zwingen; die soziale Destabilisierung Westdeutschlands durch eine innerdeutsche Millionenwanderung von Ost nach West muß noch hinzukommen.

Diese Katastrophe ist nur durch die sofortige staatliche Einheit zu verhindern. Die Wiedervereinigung kann sich folgendermaßen vollziehen: Die mitteldeutschen Länder treten dem Bund gemäß Art. 23 GG länderweise bei und müssen danach sofort zum nationalen Notstandsgebiet erklärt werden. Der gesamte Länderfinanzausgleich sowie große Mengen Bundesmittel fließen dann (statt nach Sizilien und in die Dritte Welt) in die Wiederherstellung der Infrastruktur der mitteldeutschen Länder. Große innerdeutsche Wanderungen wird es auf jeden Fall geben, - nur: im Falle der sofortigen staatlichen Einheit werden es Millionen westdeutscher Montagearbeiter sein, die wöchentlich von West nach Ost pendeln und Mitteldeutschland neu auf-

bauen, und Millionen mitteldeutscher Industriearbeiter, die vom Ost nach West pendeln und in Westdeutschland die für die mitteldeutschen Privathaushalte so wichtigen West-Mark verdienen. Mitteldeutschland hat rund acht Millionen Industriearbeiter, von denen mindestens vier Millionen mangels moderner Fabriken vor Ort nicht produktiv und lohnend einsetzbar sind und die deshalb sofort in Westdeutschland arbeiten müssen.

Den Weg, den die tatsächliche Wiedervereinigung des deutschen Volkes jetzt nimmt, hat *niemand* vorhergesehen. Es ist der von der russischen Besatzungsmacht ausgelöste *Rückmarsch nach Potsdam*. In Potsdam hatten die Vier Mächte vereinbart, Deutschland in vier Besatzungszonen zu unterteilen, aber als politische und wirtschaftliche Einheit zu erhalten. Diese Einheit wurde dann zerstört, aber dank russischer Initiative kann sie jetzt vom Volk selber erzwungen werden. Das alliierte Besatzungsrecht für Deutschland als ganzes im Allgemeinen und die russische Besatzungsmacht im Besonderen sind das Rückgrat dieses jetzt sich vollziehenden, tatsächlichen Wiedervereinigungsprozesses. Unser Interesse ist es daher, die innerdeutsche Grenze zwar durch sofortige staatliche Einheit zu beseitigen, - aber als *militärische Demarkationslinie* noch eine Weile zu erhalten. Die mitteldeutschen Länder müssen vorerst ihren sicherheitspolitischen Status als deutsche Länder in der russischen Besatzungszone, die ja auch noch die ostdeutschen Länder umfaßt, erhalten.

Ich schlage vor, daß die Länder der sowjetischen Besatzungszone einen deutschen Sicherheitsrat beim sowjetischen Oberkommando bilden. Dieser deutsche Sicherheitsrat soll die vertraglichen Sicherheitspflichten der ehemaligen DDR-Regierung gegenüber der Sowjetunion übernehmen. Er ist für den Schutz der sowjetischen Streitkräfte und Einrichtungen verantwortlich und garantiert bis zu einer friedensvertraglichen Regelung den sicherheitspolitischen Status und die Militärzone der Sowjetunion in Deutschland. Diesem Zwecke dient die Nationale Volksarmee.

Mit der sowjetischen Militärzone schützt die NVA den Prozeß der deutschen Wiedervereinigung, der gegenwärtig an der russischen Besatzungsmacht einen Rückhalt hat. Der Sicherheitsauftrag der NVA ist somit ein gesamtdeutscher; der Schutz der sowjetischen Besatzungszone obliegt der Nationalen Volksarmee im Interesse des ganzen deutschen Volkes, auf das der *neue Diensteid* abzulegen ist.

Die um die mitteldeutschen Länder erweiterte Bundesrepublik Deutschland wird nur mit einem Teil, ihren westlichen Besatzungszonen, zur NATO gehören und die Bundeswehr hat die der NVA entsprechende Aufgabe des Schutzes (und der Bewachung) ihrer jeweiligen Verbündeten.

Dadurch, daß dann zwei Armeen mit verschiedenen, aber einander entsprechenden

und ergänzenden Verteidigungsaufträgen aus einem gemeinsamen Verteidigungshaushalt unterhalten werden, haben alle Vier Mächte am wiedervereinigten Deutschland ein positives sicherheitspolitisches Interesse, weil ihnen dort eine Sicherheitszone zusteht, die sie bald auch nicht mehr mit eigenen Truppen besetzt halten müssen.

Es ist noch ein Wort zu sagen über den politischen Hintergrund der Oder-Neiße-Diskussion. 1953 war die Oder-Neiße-Linie aus dem gleichen Grunde vom Westen thematisiert worden wie heute, nur daß damals die Amerikaner forderten, Rußland müsse die deutschen Ostgebiete sofort zurückgeben, während sie heute verlangen, sie dürften niemals zurückgegeben werden. Beide Forderungen entsprechen derselben Konfliktstrategie, welche die militärische Hoheit der Sowjetunion innerhalb ihrer Besatzungszone in Deutschland angreift. Denn die Oder-Neiße-Linie ist noch nicht einmal eine militärische Demarkationslinie, sondern eine Verwaltungsgrenze, die die deutsche Selbstverwaltung von der polnischen Auftragsverwaltung innerhalb der russischen Besatzungszone ganz ebenso unterscheidet, wie die südlich von Königsberg verlaufende Linie das polnische Auftragsverwaltungsgebiet von der russischen Eigenverwaltung ihrer Besatzungszone in Deutschland unterscheidet.

Europas Rückmarsch aus der geschichtlichen Sackgasse kann in Potsdam nicht lange rasten; er führt weiter zurück nach Jalta und nach Versailles, welche beide selbst für eine Verschnaufpause ungeeignet sind. Sein Ende findet dieser Rückmarsch erst dort, wo die Zerstörung des europäischen Hauses begann: in Sarajewo 1914. Auf jenem alten Fundament müssen die Völker Europas den Neubau ihres gemeinsamen Hauses beginnen.

Wer die Wahlen am 18. März zur DDR-Volkskammer unterstützt, vollzieht die parlamentarisch-demokratische Spaltung Deutschlands. Außerdem legitimiert er eine kriminelle Vereinigung, die SED. Am 18. März können Landtagswahlen stattfinden oder eine Abstimmung über die Wiedervereinigung, d.h. einen Anschluß der mitteldeutschen Länder an die Bundesrepublik Deutschland gemäß Art. 23 GG. Voraussetzung ist ein Verbot der SED als krimineller Vereinigung und die Verhaftung ihrer Hauptfunktionäre.

Das westdeutsche Parteiensystem hat sich der Unterstützung dieser kriminellen Vereinigung SED schuldig gemacht. Durch ein neues Parteiengesetz muß sichergestellt werden, daß Parteien nie wieder landesverräterische Positionen wie zum Beispiel die deutsche „Zweistaatlichkeit“ einnehmen können.

Was ist als nächstes zu tun? Der Neubau des Bundestages in Bonn ist zu verhindern, Parlament und Regierung der Bundesrepublik Deutschland müssen aus Bonn herausgeworfen und *nach Berlin gejagt* werden.